

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Foto: Uta Wagner

## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

mit dem Entwurf zum Landeshaushalt für das Jahr 2011 haben wir einen neuen und mutigen Weg für NRW eingeschlagen. Wir investieren über eine Milliarde mehr in Kinder, Bildung und Vorsorge, weil wir davon überzeugt sind, dass diese vorbeugende Politik sich für unser Land gleich in mehrfacher Hinsicht auszahlen wird: Die Ausgaben für soziale Reparaturkosten sinken, die Einnahmen steigen und der Wirtschaftsstandort NRW wird gestärkt. Gleichzeitig sparen wir die Zukunftsinvestitionen an andere Stelle wieder ein.

Wir haben immer gesagt: Bildung muss gebührenfrei sein. Und zwar vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die Studiengebühren haben wir zum kommenden Wintersemester abgeschafft und damit ein zentrales Versprechen unseres Wahlprogramms umgesetzt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Gute Bildung und Ausbildung sind zentrale Voraussetzungen für Teilhabe und gesellschaftliche Integration.

„Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen!“. Das war eine zentrale Botschaft, mit der wir im Wahlkampf angetreten sind. Und wie ernst wir es mit dieser Aussage meinen, zeigt auch die vom Kabinett beschlossene Revision des Kinderbildungsgesetzes. Ab dem kommenden Kindergartenjahr, das am 1. August 2011 beginnt, werden Eltern keine Beiträge mehr für das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung für ihre Kinder zahlen müssen. Das ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Umsetzung einer vorsorgenden Politik für Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig werden wir auch die Betreuung der unter Dreijährigen verbessern, indem wir unter anderem zusätzliche Mittel für Personal bereitstellen. Denn wir wissen, dass die ersten Lebensjahre die wichtigsten sind. Hier werden die entscheidenden Weichen für den Entwicklungsprozess unserer Kinder gestellt. Es ist klar: Wir müssen bei der Förderung von Kindern und Familien früher mehr tun, um später hohe Reparaturkosten zu verhindern. Daher werden wir als Land für 2011 zusätzlich rund 240 Millionen Euro für die Gebührenfreiheit, die Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen Bildung und den Ausbau der U3-Betreuung zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig ist es wichtig, Druck von den Kindertagesstätten zu nehmen und die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher nachhaltig zu verbessern, damit diese den notwendigen Anforderungen an die Betreuung und Bildung von Kindern auch wirklich gerecht werden können. Wir werden gemeinsam mit den Eltern, den Erzieherinnen und Erziehern, Vertretern der Wissenschaft und den Trägern der Kindertagesstätten nach Lösungen zum Wohl unserer Kinder suchen, indem wir Betroffene zu Beteiligten machen.

Ich freue mich darauf, bei unserem Zukunftskonvent am 21. Mai in Oberhausen mit euch und vielen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gemeinsam über unsere Ziele für NRW diskutieren zu können. Wir werden zeigen, dass Haushaltskonsolidierung und präventive Wirtschafts- und Sozialpolitik kein Widerspruch sind, sondern eine notwendige Ergänzung bilden, weil wir damit heute die Zukunft gestalten.

Ich wünsche euch allen ein frohes Osterfest!  
Eure Hannelore

## VERANTWORTUNG FÜR NRW – HEUTE DIE ZUKUNFT GESTALTEN ZUKUNFTSKONVENT 2011 IN OBERHAUSEN

Seit fast einem Jahr trägt die SPD in Nordrhein-Westfalen wieder Regierungsverantwortung. Wir haben uns auf den Weg gemacht, den im Wahlkampf angekündigten Politikwechsel Schritt für Schritt umzusetzen. Die SPD-geführte Landesregierung hat die Studiengebühren zum kommenden Wintersemester abgeschafft. Die ersten Gemeinschaftsschulen werden zum nächsten Schuljahr an den Start gehen und das dritte Kindergartenjahr wird künftig beitragsfrei sein. Wir haben Wort gehalten.

Aber wir brauchen weitere Anstrengungen, um bessere Chancen für noch mehr Kinder und Jugendliche zu schaffen. Wir müssen in Vorbeugung investieren, um soziale Folgekosten zu verhindern und unsere Wirtschaft dauerhaft zu stärken. Auch auf anderen Politikfeldern gilt: Sozialdemokraten gestalten aktiv und reagieren nicht erst, wenn Fehlentwicklungen eingetreten sind. Wir sind davon überzeugt: Eine vorbeugende Politik macht sich bezahlt. Sie sichert Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft.

Das Motto des Konvents 2011 ist deshalb nicht zufällig gewählt. „Verantwortung für NRW – Heute die Zukunft gestalten“. Unter dieser Überschrift wollen wir in verschiedenen Foren mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren. Wir freuen uns auf spannende Debatten und laden hiermit herzlich zu unserem Zukunftskonvent ein.

**Der Zukunftskonvent findet statt am 21. Mai 2011 im  
LVR Industriemuseum  
Hansastraße 20, 46049 Oberhausen.  
Beginn: 11.00 Uhr.**

Die Anmeldung zum Zukunftskonvent findet ihr auf unserer Webseite unter: [www.nrwspd.de/zukunftskonvent2011](http://www.nrwspd.de/zukunftskonvent2011). ■



# AUS FÜR ATOMENERGIE STÄRKT DAS INDUSTRIELAND NRW

von Norbert Römer

**I**m September 2010 pries Angela Merkel das neue Energiekonzept der schwarz-gelben Bundesregierung noch als „Revolution in der Energieversorgung“. Doch was für 40 Jahre angekündigt war, hielt gerade einmal 21 Wochen.

Nach Fukushima ist es nicht mehr möglich, das Sicherheitsrisiko der Kernkraftwerke zu verharmlosen. Heute ist endgültig klar, dass die Bevölkerung in Deutschland den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie will.

Die schwarz-gelbe Brücke Atomkraft ist eingebrochen. Kanzlerin Merkel steht vor den Trümmern ihrer Energiepolitik. Das Scheitern der schwarz-gelben Energiepolitik ist aber gleichzeitig die Chance für einen langfristigen Energiekonsens, der politisch und gesellschaftlich breit getragen wird. Bausteine dafür bietet der rot-grüne Koalitionsvertrag in NRW. Er belegt, dass eine Energieversorgung ohne Atomkraft in einem Industrieland möglich ist. In NRW wird rund ein Drittel des Stroms in Deutschland erzeugt. Hier ist auch das Zentrum der energieintensiven Industrie. Die ist im besonderen Maße auf verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Strompreisen angewiesen, aber nicht auf Atomstrom. Wir brauchen und wollen diese Industrie.

Wir schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen. Wir haben bei der schwarz-gelben Laufzeitverlängerung für

Atomkraftwerke schon vor Fukushima nicht nur sicherheitstechnische Bedenken genannt. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass Laufzeitverlängerungen neue hocheffiziente Kraftwerke unwirtschaftlich machen und damit verhindern. Darunter leiden Stadtwerke besonders. Laufzeitverlängerungen sind ein Investitionshemmnis erster Güte.

Gerade neue Projekte wie zum Beispiel ein Kraftwerk im Chemiepark Krefeld-Uerdingen, auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Würgassen oder in Herne brauchen wir aber als Beitrag zum Klimaschutz, zur Sicherung des Industriestandortes NRW und für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir brauchen sie und andere zusätzlich zu den neuen Kohle- und Gaskraftwerken in NRW. Sonst bleiben alte ineffiziente Kraftwerke am Netz und das bestehende Energiekartell wird zementiert.

Jetzt kommt es darauf an, dass NRW seine Chancen richtig nutzen kann. Dazu müssen Kanzlerin Merkel und Umweltminister Röttgen ihren Widerstand auch an andere Stelle aufgeben: 44 % aller CO<sub>2</sub>-Emissionen, die vom Handel erfasst sind, entstehen in NRW. Ab 2013 werden aus den Zertifikaten für CO<sub>2</sub>-Emissionen Erlöse in Milliardenhöhe erzielt, die nach Berlin gehen. NRW-Unternehmen zahlen den größten Anteil. Wir erwarten deshalb, dass diese Mittel zu großen Teilen nach NRW zurückfließen, damit wir verstärkt in Effizienzsteigerungen, in neue effizientere Kraftwerke,



Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW

Kraft-Wärme-Kopplung, Nah- und Fernwärme und in Einspartechniken investieren können. Hieran werden wir den CDU-Landesvorsitzenden Norbert Röttgen messen. Das ist der Stresstest für Röttgen.

Unser Weg heißt: Weg von der Atomenergie. Über hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke hin zu mehr Erneuerbaren und zu einem intelligenteren Einsatz von Energie. Die Menschen brauchen sichere und bezahlbare Energie, unsere Industrie braucht energieeffiziente Standorte. Wir werden dafür sorgen. ■



## „FUKUSHIMA MAHNT: ALLE AKWS ABSCHALTEN!“

HANNELORE KRAFT BEI ANTI-ATOM-DEMO IN KÖLN



**Ü**ber 250.000 Menschen sind Ende März bei den vier zentralen Großdemonstrationen für das endgültige Aus der Atomkraft auf die Straße gegangen. Allein in Köln waren es mehr als 40.000, die gegen die Atompolitik von Schwarz-Gelb protestierten. Immer wieder brandeten laute Sprechchöre am Kundgebungsplatz an der Deutzer Werft auf. „Abschalten, Abschalten!“ riefen die Protestierenden und brachten damit ihren Unmut gegen Merkel und Co. energisch zum Ausdruck. Unter den Demonstranten waren, neben vielen Genossinnen und Genossen aus ganz Nordrhein-Westfalen, auch die Landesvorsitzende der NRWSPD, Hannelore Kraft sowie weitere Mitglieder des SPD-Landesvorstands und der Landesregierung. Es waren die größten Anti-Atom-Proteste, die es jemals in Deutschland gab. Besonders augenfällig war das breite Altersspektrum der Demo-Teilnehmer. Neben den Veteranen der Anti-AKW-Bewegung, die bereits seit mehr als 30 Jahren gegen die Atomenergie kämpfen, fühlen sich vor allem viele junge Menschen vom Zick-Zack-Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung bei der Energiepolitik verschaukelt und machen sich für eine echte Energiewende und einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft stark. ■

# ENERGIEWENDE JETZT! – NUR MIT DER SPD

von Ulrich Kelber

**W**as waren das im Herbst 2010 doch für markige Worte von Merkel, Westerwelle, Brüderle und Röttgen: Das rund um die Laufzeitverlängerung gestrickte „Energiekonzept“ der Regierung sei revolutionär (Merkel), ohne Laufzeitverlängerung auch für die ältesten Kraftwerke ginge es eben nicht (Brüderle) und das Sicherheitsgeschrei von SPD & Co. sei lächerlich (Röttgen)...

Seit Fukushima gilt das alles nicht mehr. Und bei den Landtagswahlen haben die Bürgerinnen und Bürger der Atomlobby-Politik von CDU/CSU und FDP ein klares Stopp-Signal gesetzt. Röttgen will jetzt schon immer für ein schnelles Ende der Atomkraft und mehr Sicherheitsanforderungen gewesen sein, Merkel versucht durch Kommissionen, Moratorien und andere Tricks Zeit zu gewinnen und weichzuspülen.

Es hängt jetzt aber vor allem von der SPD und unserem politischen Druck ab, ob hinter den neuen Überschriften von Merkel & Co. am Ende dann auch wirklich neue Inhalte in der Energiepolitik stehen werden. Dazu müssen nicht nur die Laufzeitverlängerung zurückgenommen und die ältesten Atomkraftwerke dauerhaft vom Netz bleiben. Auch die Kürzungen, Streichungen und Blockaden von



Ulrich Kelber,  
stellv. Vorsitzender der  
SPD-Bundestagsfraktion

Schwarz-Gelb bei Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung gehören aufgehoben und durch Maßnahmen für einen noch schnelleren Aufbau einer hocheffizienten und vor allem dezentralen Energieerzeugung abgelöst.

Die SPD hat mit dem Vorschlag eines Stilllegungsgesetzes für die Atomkraftwerke und einem 40-Punkte-Katalog für die Energiewende entscheidende Vorarbeiten geleistet. Am 20. Mai werden wir auf einer Konferenz weitere Details für unser weiterentwickeltes Programm zur Energiewende präsentieren, dass auch für mehr Arbeitsplätze und stabile Energiepreise sorgen wird.

Mit unserer Energiepolitik ab 1998 haben wir gezeigt, dass Energiewende und Arbeitsplätze zusammen gehören. 350.000 Jobs

sind in dieser Zeit allein im Bereich der Erneuerbaren Energien entstanden, 250.000 Jobs wurden in der energetischen Gebäudesanierung gesichert. Noch ist Deutschland Weltmarktführer bei Erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien. Diese Position wurde in elf Jahren SPD-geführter Bundesregierung geschaffen. Unsere wirtschaftlichen Konkurrenten in China, Korea, Japan, Brasilien und den USA nehmen aber Tempo auf. Deutschland kann sich nicht leisten, dass CDU/CSU und FDP weiter auf der Bremse stehen. ■

## DIE NRWSPD GRATULIERT IM MAI...

### ... ZUM GEBURTSTAG

#### 101 Jahre

Martha Fiebig  
Erna Tilgner

#### 100 Jahre

Bernhard Valbert  
Franz-Leo Wirtz

#### 99 Jahre

Lene Richert  
Wilhelmine Wolke

#### 98 Jahre

Alma Dresselhaus  
Joseph Hillebrand  
Emma Schroeder  
Richard Wagner  
Anna Weigel

#### 97 Jahre

Cornelia Bolege  
Charlotte Goede  
Hedwig Jankowiak  
Helene Reinhold  
Karl Schauf  
Josef Scherschel

#### 96 Jahre

Emma Karpf  
Helene Weck

#### 95 Jahre

Anna Denkhaus  
Ida Franke  
Dietrich Laakmann  
Jenny Rose  
Jenny Storck  
Erika Svendsen  
Otto Weferling

### ... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

#### 65 Jahre

Ilse Mademann  
Fr. Wilh. Pohlmann  
Friedel Schmitz  
Erich Vieregge

#### 60 Jahre:

Franziska Baesler  
Günter Lorch

#### 55 Jahre

Renate Gocke  
Gertrud Palka  
Irene Schröer

#### 50 Jahre

Wilfried Borchert  
Ruth Elmpt  
Friedrich Gross  
Gerda Hamacher  
Rolf Hasenstab  
Siegfried Herrmann  
Waltraud Hinkelmann  
Lothar Jansik  
Klaus Kroner  
Reinmar Surrer  
Heinz Tewes

# ENERGIEWENDE: OHNE KOMMUNEN GEHT ES NICHT

von Bernhard Daldrup

Die Katastrophe von Fukushima begründet nicht nur erneut die Notwendigkeit des Atomausstiegs, sondern verlangt neue Lösungen für eine zukunftsfeste Energieversorgung vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene: „Statt die Oligopole zu festigen“, so der Verband kommunaler Unternehmen, „brauchen wir mehr Effizienz in der Energieversorgung ohne Atomkraft.“ An die Stadtwerke richten sich sogar Forderungen, selbst aus dem Bezug von Strom aus Atomkraft auszusteigen.

### Was sind die zentralen Aufgaben?

Die Senkung des Energiebedarfs verlangt eine erhebliche Effizienzsteigerung. Dabei geht es nicht einfach nur um die Art der Energie. Wir müssen uns stärker auf die Energiedienstleistung konzentrieren: Welche Art von Energie brauchen wir? Die Entwicklung von „Energie-Effizienz-Unternehmen“ stellt die Kommunen mit ihren Stadtwerken vor neue Herausforderungen: Wie kann Energieverschwendung vermieden, Energie besser genutzt, richtig verteilt und besser produziert werden?

### Welche Rahmenbedingungen sind nötig?

Die Reform des Gemeindefinanzrechts (§ 107) in NRW war wichtig. Ohne leistungsfähige Städte, Gemeinden und Kreise mit ihren Stadtwerken ist die Energiewende in Deutschland nicht zu schaffen.

Einen ebenso wichtigen Baustein bilden aktuelle, lokale und regionale Energieversorgungskonzepte, deren Entwicklung die rot-grüne Landesregierung weiter fördern will. Die Konzepte dürfen dabei nicht auf einzelne Energiearten verengt werden und nicht allein das Geschäft von Experten sein. Der Bürgerdialog ergänzt als unverzichtbarer Bestandteil die Akzeptanz energiepolitischer Entscheidungen, mobilisiert private Investitionen und berücksichtigt Verbraucherrechte.

### Kommunen als Vorbilder

Fortschrittliche Energiepolitik kann in einem massiven Energiesparprogramm für die öffentliche Infrastruktur bestehen, wie dies das – von der SPD auf den Weg gebrachte – Konjunkturpaket II gezeigt hat. Die Kommunen haben den größten Gebäudebestand in Deutschland. Allein der Energieeinkauf für kommunale Gebäude und Straßenbeleuchtung kostet jährlich ca. 2,5 Milliarden Euro. Energieeinsparungen von 30 % aufwärts hält Roland Schäfer (SPD), Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, für realistisch. Dabei sind die deutlich höheren Effekte aus dem Wohnungsbau noch gar nicht berücksichtigt.

Kommunale Energiepolitik erstreckt sich auf viele Felder: Angefangen von flächensparender Siedlungsentwicklung über mobilitätsorientierte (nicht: automobilgerechte) Verkehrspolitik sowie interkommunale und regionale Kooperation bis zur Förderung regenerativer Energien reicht das Spektrum, in dem auch das Land helfen kann. Der neue Windenergieerlass in NRW ermöglicht eine bessere Nutzung der Windenergie, ohne die „Verspargelung“ der Landschaft zu fördern. Kommunen können damit auch Vorbilder für andere Akteure werden. Allerdings: Sie müssen auch investitionsfähig sein. Davon aber sind Städte, Gemeinden und Kreise weit entfernt, weil sie von den Soziallasten erdrückt werden, von denen der Bund deutlich mehr übernehmen müsste.

Die neue Debatte um die Zukunft der Energieversorgung hat zahlreiche lokale Initiativen, Veranstaltungen und Anträge zur Folge. Sozialdemokratische Kommunalpolitik wirkt dabei nicht allein, aber immer an vorderster Stelle mit. Ein Eckpfeiler sozialdemokratischer Kommunalpolitik muss daher eine nachhaltige Energieversorgung sein. Damit die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden auf lange Sicht erhalten bleibt. ■



Bernhard Daldrup,  
Landesgeschäftsführer  
der SGK NRW

## AUFRUF ZUM OSTERMARSCH

GEGEN ATOMKRAFT AM 25. APRIL IN GRONAU

1986 TSCHERNOBYL – 2011 FUKUSHIMA: ATOMKRAFTWERKE ENDLICH ABSCHALTEN!

Die NRWSPD ruft gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Initiativen zur Teilnahme am Ostermarsch in Gronau auf! Am Ostermontag werden wir, 25 Jahre nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl und tief bewegt von den schrecklichen Ereignissen in Japan, an die Opfer der Atomindustrie erinnern und gegen die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie demonstrieren. Die Uranfabrik in Gronau steht am Beginn der Atommüllspirale in Deutschland und weltweit. Hier wird das Uran für den Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet. Gleichzeitig steht die Urananreicherung für die untrennbare Verknüpfung von Atomenergie und Atomwaffen.

ABLAUF: Die Auftaktveranstaltung beginnt um 14.00 Uhr am Bahnhof Gronau. Von dort aus führt der Demonstrationszug zur Urananreicherungsanlage und endet dort mit einer Kundgebung gegen 17.30 Uhr. Der Ostermarsch in Gronau ist eingebunden in weitere bundesweite Aktionen, die am Ostermontag vor vielen Atomanlagen in Deutschland stattfinden.

Weitere und stets aktualisierte Informationen und eine Übersicht zur Anreise findet ihr auf [www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de) sowie auf der Internetseite des Organisations-Bündnisses unter: [www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de).



**Hinweis:** Es gibt einen gemeinsamen Treffpunkt für alle Genossinnen und Genossen aus Nordrhein-Westfalen in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs.

**Zentraler SPD-Treffpunkt:**

25.04.2011, 13.30 Uhr

SPD-Bürgerbüro

Bahnhofstraße 28, 48599 Gronau

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf |  
REDAKTION: Christian Obrok | E-MAIL: [vorwaerts@nrwspd.de](mailto:vorwaerts@nrwspd.de) | INTERNET: [www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de)